Stadt Pohlheim

Pohlheim, 12.07.2016
Az.: HFA/003/2016-2021

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Pohlheim

Tag: 11.07.2016

Dauer: 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr

Ort: Sitzungssaal der Stadtverwaltung Pohlheim, Ludwigstraße 33, 35415 Pohlheim

Anwesend:

Vom Haupt- und Finanzausschuss

STV Reinhard Peter	
STV Andreas Schuch	
STV Malke Aydin	
STV Hans Happel	
STV Ulrich Kuhn	
STV Reiner Leidich	
STV Reimar Stenzel	für STV Eckart Hafemann

Von der Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenvorsteherin Anja Sames-Postel	
Stellvertr. Stadtverordnetenvorsteher Peter Alexander	
Stellvertr. Stadtverordnetenvorsteher Matthias Jung	
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Sann	
STV/Fraktion mit beratender Stimme Fabian Schäfer	

Vom Magistrat

Bürgermeister Udo Schöffmann	
Erster Stadtrat Ewald Seidler	
Stadtrat Uwe Happel	bis TOP 6
Stadtrat Jakob Ernst Kandel	

Schriftführerin

VA Bianca Krieb

Entschuldigt:

Vom Magistrat

Stadtrat Isray Budak
Stadtrat Kevin Engel
Stadtrat Nohman Nohman

TAGESORDNUNG:

TOP 1	Eröffnung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
TOP 2	Feststellung der Niederschrift vom 20.06.2016	
TOP 3	Kommunalinvestitionsprogramm (KIP)	STV-047/2016-2021
TOP 4	Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) im Bereich der Aufgabenübernahme nach dem "Gesetz über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe in der öffentlichen Wohnraumförderung	STV-048/2016-2021
TOP 5	Hessisches Gesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG); Beratung und Beschlussfassung über die Aktualisierung bzw. Fortschreibung des Bedarfs- und Entwicklungsplans (Anpassung der Fahrzeugliste)	STV-046/2016-2021
TOP 6	Verträge über den Betrieb von Kindertageseinrichtungen	STV-049/2016-2021
TOP 7	Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12. Mai 2016 betr. Kindertageseinrichtungen der Stadt Pohlheim; Verträge mir der Lebenshilfe und/oder anderen freien Trägern bzw. Betreibern	A-028/2016-2021
TOP 8	Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12. Mai 2016 betr. Zusammenlegung der Kindertageseinrichtungen in Garbenteich - Pakt für den Nachmittag - Familienzentrum; Vertrag über den Betrieb von Kindertageseinrichtungen	A-030/2016-2021
TOP 9	Antrag der Fraktionen CDU und FW vom 12. Mai 2016 zur Überarbeitung der Straßenbeitragssatzung / Umstellung auf wiederkehrende Beiträge	A-026/2016-2021
TOP 10	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Festschreibung von Bürgerbeteiligung in der Hauptsatzung	A-045/2016-2021
TOP 11	Mitteilungen	
TOP 12	Anfragen	

TOP 13	Grundstücksverkauf in der Gemarkung Watzenborn-Steinberg	STV-052/2016-2021

TOP 1 Eröffnung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Bevor in die Tagesordnung eingestiegen wird lässt der Vorsitzende darüber abstimmen TOP 13, Grundstücksverkauf in der Gemarkung Watzenborn-Steinberg, unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten:

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

STV Stenzel beantragt TOP 6, Verträge über den Betrieb von Kindertageseinrichtungen, ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten:

Abstimmungsergebnis: **Mit Stimmenmehrheit abgelehnt**
1 Ja-Stimme
6 Nein-Stimmen

Der Vorsitzende stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Niederschrift vom 20.06.2016

Die Niederschrift vom 20.06.2016 wird ohne Änderungen festgestellt.

TOP 3 Kommunalinvestitionsprogramm (KIP)
Vorlage: STV-047/2016-2021

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Abwicklung der in der Anlage aufgeführten Maßnahmen über das KIP bei der WIBank zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

TOP 4 Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) im Bereich der Aufgabenübernahme nach dem "Gesetz über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe in der öffentlichen Wohnraumförderung
Vorlage: STV-048/2016-2021

Der Bürgermeister teilt mit, dass es für diese Interkommunale Zusammenarbeit keine Förderung gebe, laut dem Innenministerium.
Der Hessische Städte- und Gemeindebund sei allerdings bemüht, diese IKZ im Förderprogramm für Interkommunale Zusammenarbeit aufnehmen zu lassen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, an der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) im Bereich der Aufgabenübernahme nach dem Fehlbelegungsabgabe-Gesetz (FBAG) vom 30.11.2015 teilzunehmen und den

Magistrat zur Unterzeichnung der hierzu erarbeiteten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu ermächtigen.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

TOP 5 Hessisches Gesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG);
Beratung und Beschlussfassung über die Aktualisierung bzw. Fortschreibung des Bedarfs- und Entwicklungsplans (Anpassung der Fahrzeugliste)
Vorlage: STV-046/2016-2021

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Fortschreibung bzw. Aktualisierung des Bedarfs- und Entwicklungsplans.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

TOP 6 Verträge über den Betrieb von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: STV-049/2016-2021

Der Vorsitzende bittet STV Schäfer zu diesem Punkt den Sitzungssaal zu verlassen, da er gem. § 25 HGO befangen sei.

STV Schäfer bittet um Abstimmung über dessen Teilnahme an der Beratung.

Vor der Abstimmung verlässt STV Schäfer den Sitzungssaal.

Nach reger Diskussion wird über die Teilung dieses Tagesordnungspunktes, d. h. zunächst würde die Behandlung des Vertrages über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Germaniastr., anschließend die Behandlung des Vertrages über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Garbenteich erfolgen, abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Anschließend wird über die persönliche Betroffenheit des STV Schäfer nach § 25 HGO bezüglich des Vertrages über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Garbenteich abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**
4 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen

Nach der Abstimmung ist STV Schäfer wieder im Sitzungssaal anwesend.

Es folgt die Behandlung des Vertrages über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Germaniastr.

Es werden von den Fraktionen folgende Änderungsanträge vorgetragen (nach Paragraphen aufsteigend aufgeführt):

- § 2 Absatz 5, letzter Satz
  Neu: § 10 Ziffer 4.3
  Insoweit steht den Vertragsparteien auch vor Ablauf von fünf Jahren eine Kündigung des Vertrages mit der in § 10 Abs. 1 genannten Frist zu.

Streichung des letzten Satzes und Einfügung unter § 10 neuer Ziffer 4.3./Antrag HFA Mitglieder

Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

- § 2 Absatz 6 Satz 2
  Neu: Insbesondere kostenwirksame Änderungen des Angebotes der Kindertageseinrichtungen (einschl. Veränderungen der Öffnungszeiten) bedürfen der Zustimmung der Stadt.
  Streichung „kostenwirksamer“ aus dem Text in Klammern/Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

  Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

- § 2 Absatz 7
  Neu: Es besteht Einvernehmen, die Öffnungszeiten der Einrichtung/en des Freien Trägers denen der Stadt anzugleichen.
  Streichung „nach Möglichkeit“/Antrag Fraktionen SPD und FWG

  Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

- § 3 Absatz 2, Satz 2
  Neu: Anmeldungen, die direkt in der Einrichtung des Freien Trägers abgegeben werden, werden unverzüglich zur weiteren Bearbeitung an die Stadt weitergeleitet.
  Einfügung von „zur weiteren Bearbeitung“./Antrag SPD-Fraktion

  Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Mit Stimmenmehrheit abgelehnt**
3 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

- § 6 Abs. 5, letzter Satz
  Neu: Die nach den gesetzlichen Bestimmungen dem Datenschutz unterliegenden Unterlagen sind hiervon nicht berührt.
  Einfügung „nach den gesetzlichen Bestimmungen“./Antrag Fraktionen SPD und FWG

  Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

- § 7 Ziffer 1.2.11
  Es wird seitens der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen, hier einen Betrag pro Gruppe oder pro Kind festzulegen.

  Über die Beibehaltung des alten Textes, bzw. des Maximalbetrages pro Jahr, wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Mit Stimmenmehrheit beschlossen**
4 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

- § 7 Ziffer 1.2.13
  Die SPD-Fraktion beantragt die Streichung dieses Absatzes.

  Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Mit Stimmenmehrheit abgelehnt**
2 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

- § 7 Ziffer 1.2.15, Satz 1
  Neu: Zentrale Serviceleistungen bzw. Verwaltungskosten, die dem Freien Träger anteilig für Verwaltung, Facility Management, Geschäftsführung, IT-Service, Betriebsrat und Arbeitssicherheit entstehen im Umfang von 7 % der Gesamtkosten der Kita pro Gruppe/Jahr.
  Ersetzung des Betrages von 10.000 € durch 7 % der Gesamtkosten der Kita/Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion

  Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Mit Stimmenmehrheit abgelehnt**
3 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

- Allgemein u.a. § 9 Abs. 1, letzter Satz und Absatz 2
  § 9 Abs. 1, letzter Satz
  Neu:…Über Ausnahmeregelungen im Einzelfall soll im Rahmen des jährlichen Abstimmungsgespräches gemäß § 3 Abs. 3, in der jeweils gültigen Fassung, Einvernehmen hergestellt werden.

  § 9 Abs. 2
  Neu: Der Freie Träger verpflichtet sich, Elternbeiträge in der gleichen Höhe sowie im Rahmen der gleichen Ermittlungen (Sozialstaffel) wie die Stadt gemäß ihrer „Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Pohlheim über die Benutzung der Kindergärten“, in der jeweils gültigen Fassung, zu erheben.
  Bürgermeister Schöffmann beantragt hier, wo auf die Satzung verwiesen wird, „in der jeweils gültigen Fassung“ hinzuzufügen.

  Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

- § 10 Abs. 2, Satz 1
  Neu: Die Parteien haben ihre jeweiligen Abwicklungskosten selbst zu tragen.
  Der alte Satz 1 wird durch diesen ersetzt./Antrag Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion

  Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Mit Stimmenmehrheit abgelehnt**
3 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den als Anlage beigefügten Vertrag mit der Lebenshilfe Gießen e. V. über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Germaniastr., unter Berücksichtigung der vorgenannten, empfohlenen Änderungen, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**
6 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

STV Schäfer verlässt den Saal.

Es folgt die Behandlung des Vertrages über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Garbenteich.

Die SPD-Fraktion beantragt, die Kindertageseinrichtung Garbenteich von der Stadt Pohlheim betreiben zu lassen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Kindertageseinrichtung Garbenteich von der Lebenshilfe Gießen e. V. betreiben zu lassen.

Abstimmungsergebnis: **Mit Stimmenmehrheit beschlossen**
4 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

Die CDU-Fraktion beantragt die Abstimmung über die Übernahme der zu dem Vertrag über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Germaniastr. beschlossenen Änderungen für den Vertrag über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Garbenteich.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die empfohlenen Änderungen zu dem Vertrag über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Germaniastr. für den Vertrag über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Garbenteich zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den als Anlage beigefügten Vertrag mit der Lebenshilfe Gießen e. V. über den Betrieb der Kindertageseinrichtung Garbenteich, unter Berücksichtigung der vorgenannten, empfohlenen Änderungen, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: **Mit Stimmenmehrheit beschlossen**
4 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 21.23 - 21.33 Uhr.

TOP 7 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12. Mai 2016 betr. Kindertageseinrichtungen der Stadt Pohlheim;
Verträge mir der Lebenshilfe und/oder anderen freien Trägern bzw. Betreibern
Vorlage: A-028/2016-2021

STV Schäfer ist im Sitzungssaal wieder anwesend.

Dem Haupt- und Finanzausschuss liegt folgender Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12. Mai 2016 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

1. Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung alle getroffenen vertraglichen Vereinbarungen mit der Lebenshilfe Gießen e.V. und/oder anderen freien Trägern bzw. Betreibern zur Errichtung einer zweiten Kita-Gruppe in Garbenteich vorzulegen.

2. Ein Neuvertrag mit der Lebenshilfe Gießen e.V. oder der Lebenshilfe Kita gGmbH ist vor Vertragsunterzeichnung vorab dem HFA und sodann der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

3. Fortsetzungsverträge sowie Änderungen und Ergänzungen bestehender Verträge mit der Lebenshilfe Gießen e.V. oder der Lebenshilfe Kita gGmbH sind gleichfalls vor Unterzeichnung eines Fortsetzungsvertrages bzw. von Änderungen und Ergänzungen bestehender Verträge vorab dem HFA und sodann der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

4. Neuverträge mit anderen freien Trägern bzw. Betreibern sind vor Vertragsunterzeichnung gleichfalls vorab dem HFA und sodann der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis: **Mit Stimmenmehrheit abgelehnt**
3 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

TOP 8 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12. Mai 2016 betr. Zusammenlegung der Kindertageseinrichtungen in Garbenteich - Pakt für den Nachmittag - Familienzentrum; Vertrag über den Betrieb von Kindertageseinrichtungen Vorlage: A-030/2016-2021

Dem Haupt- und Finanzausschuss liegt folgender Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12. Mai 2016 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Folgende Grundsätze für die Neuordnung der Betreuungssituation in Garbenteich werden festgelegt:

1. In Garbenteich wird ein gemeinsamer Kindergarten auf dem Grundstück Fröbelstraße entstehen. Dazu wird die Stadt investive Mittel aufbringen. Parallel ist die Trägerschaft zu klären. Diese kann bei einem Freien Träger (Lebenshilfe, Johanniter, AWO etc.) liegen oder bei der Stadt selbst.
   In jedem Falle müssen die Öffnungszeiten bedarfsgerecht gestaltet werden.
   Kinder jeder sozialen und ethnischen Herkunft haben gleichberechtigten Zugang zu dieser Kindertagesstätte.

2. Die Stadt wird neben der Lebenshilfe auch andere Freie Träger ansprechen, falls nicht entschieden wird, diese gemeinsame Tagesstätte in kommunaler Trägerschaft weiterzuführen. Bei einem Freien Träger ist sicherzustellen, dass der Leistungsumfang und die Finanzierung präzise festgelegt werden. Insbesondere ist zu klären, welchen Eigenbeitrag ein Freier Träger einbringt. Es ist auch zu vereinbaren, wie die Stadt die Entwicklung der Kindertagesstätte zum Familienzentrum begleitet.

3. Die geplanten Ausbaumaßnahmen der Kindertagesstätte in der Germaniastraße werden wie im Haushalt 2016 vorgesehen unverzüglich in Angriff genommen. Dabei ist auch die Variante mit zu bedenken, dass die bisherige Außen-Gruppe der Lebenshilfe von Garbenteich in die Germaniastraße verlegt wird.

4. Die Räumlichkeiten, die bislang von der Lebenshilfe für ihre Kitagruppe in Garbenteich genutzt werden, werden in erster Linie für die Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern (z.B. Mensa, Ausgabeküche) und Aufgaben des geplanten Familienzentrums genutzt. Selbstverständlich können die Räumlichkeiten auch durch die Kindertagesstätte und für die Essenseinnahme der Kindergartenkinder genutzt werden.

5. Durch Nutzung dieser Räumlichkeiten für Nachmittagsbetreuung und Familienzentrum bleibt die bisherige Admonter Stube als Multifunktionsraum für die Garbenteicher Bevölkerung erhalten. Auch die Räumlichkeiten für die Freiwillige Feuerwehr bleiben erhalten.

6. Es ist eine Interfraktionelle AG zu bilden, die abstimmt, welche Inhalte in Vertragsverhandlungen mit den entsprechenden Trägern zu diskutieren sind.

Die SPD-Fraktion nimmt diesen Antrag, unter Berücksichtigung der ergangenen Beschlüsse, mit in die Fraktion und teilt ihre Entscheidung beim Ältestenrat mit.

Abstimmungsergebnis: **Zurückgestellt**

TOP 9 Antrag der Fraktionen CDU und FW vom 12. Mai 2016 zur Überarbeitung der Straßenbeitragssatzung / Umstellung auf wiederkehrende Beiträge Vorlage: A-026/2016-2021

STV Schäfer bittet um Zusendung von Infomaterialien des HSGB von 2011.

Dem Haupt- und Finanzausschuss liegt folgender Antrag der Fraktionen CDU und FW vom 12. Mai 2016 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Erhebung sogenannter „wiederkehrender Straßenausbaubeiträge“ (jährliche Beiträge) für die Sanierung von Straßen zu prüfen. In den Ausschüssen (BSU und HFA) sind die Auswirkungen einer Umstellung vorzustellen. Dazu kann auch eine Fachfirma beauftragt werden.“

STV Stenzel beantragt den letzten Satz des Antrags wie folgt zu ändern:
Dazu kann auch ein Fachbüro beauftragt werden.

Die antragstellenden Fraktionen schließen sich dem an.

In der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt am 04.07.16 wurde der Antrag wie folgt ergänzt:

Den Ausschüssen (BSU und HFA) sind entsprechende Referenzgemeinden zu nennen, die eine Umstellung auf wiederkehrende Straßenbeiträge bereits vollzogen haben.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Erhebung sogenannter „wiederkehrender Straßenausbaubeiträge“ (jährliche Beiträge) für die Sanierung von Straßen zu prüfen. In den Ausschüssen (BSU und HFA) sind die Auswirkungen einer Umstellung vorzustellen. Dazu kann auch ein Fachbüro beauftragt werden.“

Den Ausschüssen (BSU und HFA) sind entsprechende Referenzgemeinden zu nennen, die eine Umstellung auf wiederkehrende Straßenbeiträge bereits vollzogen haben.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

TOP 10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Festschreibung von Bürgerbeteiligung in der Hauptsatzung Vorlage: A-045/2016-2021

Dem Haupt- und Finanzausschuss liegt folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Juni 2016 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Hauptsatzung der Stadt Pohlheim wird durch Einfügen eines neuen Paragrafen erweitert. Dieser lautet:

§ "xyz" Bürgerbeteiligung

Zu wichtigen Themen die Stadt Pohlheim betreffend werden schon vor - spätestens aber während - des Beratungsprozesses in der Stadtverordnetenversammlung Bürgerversammlungen einberufen, auf denen die Bürger dazu zu informieren und anzuhören sind.
Über die Wichtigkeit in obigem Sinne entscheidet die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag hin. Wird die Wichtigkeit festgestellt, so trifft die Stadtverordnetenversammlung ihre Entscheidung erst nach der erfolgten Bürgerversammlung.
Diese Versammlungen ersetzen nicht die nach HGO § 8a gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Bürgerversammlungen.

Es besteht im Haupt- und Finanzausschuss Einvernehmen, den Antrag bei der Ältestenratssitzung am 31.08.16 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: **Zurückgestellt**

TOP 11 Mitteilungen

Keine.

TOP 12 Anfragen

Keine.

Die Nicht-Öffentlichkeit wird hergestellt.

TOP 13 Grundstücksverkauf in der Gemarkung Watzenborn-Steinberg
Vorlage: STV-052/2016-2021

[redacted]

Der Vorsitzende

gez. Reinhard Peter
Ausschussvorsitzender

Schriftführerin

gez. Bianca Krieb

Anlagen

Ausschnitte angefertigt am: Kopiert und verteilt am: Festgestellt am: